

Antrag der Jusos Ostholstein zur Mitgliederversammlung der SPD Ostholstein am 2.3

Die Mitgliederversammlung der SPD Ostholstein möge beschließen:

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die nicht in staatlicher oder gemeinnütziger Hand sind, sollen kommunalisiert oder rekommunalisiert werden. Bestehende Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die in öffentlicher Hand sind, sollen nicht privatisiert werden.

Zur Finanzierung dieser Aufgabe soll durch Bund und Länder ein Fonds gebildet werden, durch den die Rekommunalisierung der Einrichtungen solidarisch finanziert werden soll. Ziel muss es zusätzlich sein, dass die Träger von Krankenhäusern in kommunalem Besitz von jeglichen Kostenverpflichtungen bei Investitionen freigehalten werden. Dazu sind die Mittel für die Krankenhausfinanzierung zu erhöhen und die Verteilung ist anzupassen.

Begründung:

Krankenhäuser stellen einen wichtigen Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land dar. Sie sind für viele Bürgerinnen und Bürger ein wesentlicher Standortfaktor bei der Auswahl ihres Wohnortes und ein wichtiger Arbeitgeber. In Zeiten knapper Kassen haben viele Kreise um die Jahrtausendwende ihre Krankenhäuser privatisiert, was heute in Teilen dazu führt, dass die Behandlungsqualität hinter der Gewinnerzielungsabsicht zurücktritt. Ziel muss es sein, den Patienten in den Vordergrund zu stellen. In mehreren Kreisen gibt es deswegen Überlegungen, die Kliniken zu rekommunalisieren, was allerdings extrem teuer und damit kaum für einen Kreis alleine zu leisten ist. Diese Bestrebungen sind unterstützenswert.